

Sondierungspapier der CDU Nordrhein-Westfalen und GRÜNE NRW

Für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen

Unser Land ist mit einer Gleichzeitigkeit von Krisen konfrontiert, die neue Antworten und neue Bündnisse erfordert. Ob Klima- oder Artenkrise, der Ukrainekrieg oder die Corona-Pandemie – die Folgen dieser Ereignisse hängen miteinander zusammen und können deshalb nicht isoliert angegangen werden. Dieser Gedanke war handlungsleitend in den Sondierungsgesprächen von CDU und GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen.

Ein klimaneutrales Industrieland, ein modernes, soziales und sicheres Nordrhein-Westfalen, eine auch in Zukunft lebenswerte Heimat in Stadt und Land - darum geht es uns. In der Versöhnung von vermeintlichen Gegensätzen liegt die Kraft für unsere Zukunft.

Wir greifen mit diesem Papier zentrale Aspekte für die Zukunft Nordrhein-Westfalens auf und verständigen uns auf gemeinsame Antworten. Im Rahmen von vertieften Koalitionsgesprächen werden diese ergänzt.

Mit den Verständigungen haben wir eine belastbare Basis erarbeitet, um die drängenden Herausforderungen der Zeit mit Zuversicht und voller Entschlossenheit anzugehen. Dabei stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen die Interessen der Menschen in Nordrhein-Westfalen und die Zukunftsfähigkeit des Landes in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen.

CDU und GRÜNE sind sich der Verantwortung für zukünftige Generationen in besonderem Maße bewusst: Sie stehen für Nachhaltigkeit in einem umfassenden Sinne.

Unser gemeinsames Streben nach einem starken, solidarischen und demokratischen Europa sowie unsere globale Verantwortung wird eine künftige Regierungsarbeit prägen.

Wir sind überzeugt, auf dieser Grundlage Koalitionsverhandlungen erfolgreich zum Abschluss bringen und tragfähige Vereinbarungen für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft treffen zu können.

Transformation: Klimaschutz, Energie und Wirtschaft

Wir werden Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas machen. Unser Land kann beim Schutz des Klimas zum Vorbild für andere werden. In einer modernen Wirtschaft gehören Klimaschutz, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit untrennbar zusammen. Mit einer gezielten Innovationsoffensive werden wir die kleinen und mittelständischen Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität fördern.

Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat den Handlungsdruck verstärkt, noch schneller unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden, um Versorgungssicherheit und

Energiepreisstabilität zu gewährleisten. Gleichzeitig halten wir am Kohleausstieg 2030 fest. Der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien ist daher von überragendem öffentlichem Interesse.

Wir werden durch eine Ermöglichungsplanung die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in den kommenden fünf Jahren

- mindestens 1.000 zusätzliche Windkraftanlagen in unserem Land entstehen, auch auf Industrie-, Gewerbe-, Forst- und Kalamitätsflächen sowie entlang von Verkehrswegen,
- sämtliche für Photovoltaik geeignete Flächen (bebaute und versiegelte Flächen, Verkehrswege, Wasser- und schwache Agrarflächen usw.), genutzt werden können und
- mittels eines Masterplans die vorhandenen Potenziale der Geothermie gehoben und durch eine Wärmepumpenoffensive in Verbindung mit der Möglichkeit kommunaler Wärmeplanung die Gasabhängigkeit deutlich reduziert werden.

Damit dies gelingt, müssen der Netzausbau und die Planungs- und Genehmigungsverfahren substantiell schneller werden. Bestehende Regelungen gehören auf den Prüfstand – nicht nur im Bereich der Erneuerbaren Energien.

Schutzwürdige Interessen der Bevölkerung und der Umwelt erfordern mit Blick auf den notwendigen weiteren Ausbau eine akzeptanzsteigernde und zugleich konfliktreduzierende Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen. Die aktuelle Rechtsprechung bestätigt regelmäßig einen Mindestabstand von 3H zu geschlossenen Siedlungsbereichen. Aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses an einem beschleunigten Ausbau werden wir alle einschlägigen rechtlichen Regelungen grundlegend überprüfen und wenn notwendig ändern. Zudem soll die Landesplanung in Zukunft den Ausbau der Windenergienutzung raum- und umweltverträglich ermöglichen und steuern. Um die Betroffenheit der Anwohner zu minimieren, soll der Ausbau auf neue geeignete Flächen konzentriert werden. Gleichzeitig wird der Ausbau damit auch mit Blick auf die Steigerung der Leistung optimiert, weshalb wir das Repowering von Windenergieanlagen so weit wie möglich erleichtern wollen. Auch dafür wird eine Konzentration der Belange des Arten- und Naturschutzes im Rahmen des EU-Rechts auf den Schutz von gefährdeten Populationen sowie die Abschaffung der pauschalen Abstandsregelung notwendig sein. Wir werden ermöglichen, nicht verhindern.

Die Instrumente des Bundes und der EU zur Unterstützung der Industrie auf dem Weg in die Klimaneutralität werden wir konsequent nutzen und die Wasserstoffstrategie des Landes weiterentwickeln.

Wir werden ein Klimaschutzsofortprogramm auflegen, das Klimaschutzgesetz fortentwickeln, ein jährliches Monitoring des Ausbaus der Erneuerbaren Energien etablieren und Innovationen und Investitionen für die Transformation unserer Industrie fördern. Wir streben an, so schnell wie möglich, entlang des 1,5 Grad-Ziels die Klimaneutralität mit Netto-Null-Emission in Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Wir wollen den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen und für das Gelingen des Strukturwandels die Regionen dabei gezielter unterstützen. Mit einer zeitnahen neuen Leitentscheidung sorgen wir für Klarheit und Sicherheit für die Menschen im Rheinischen Revier. Alle Dörfer des dritten Umsiedlungsabschnitts sollen bleiben.

Wir wollen gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in Zeiten des Umbruchs. Dazu werden wir den Wirtschafts- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen auf verschiedenen Ebenen

weiter stärken. Um Fachkräfte für Industrie, Handwerk und Mittelstand zu sichern und zu gewinnen, stärken wir die duale Ausbildung. Durch einen konsequenten weiteren Bürokratieabbau und den Ausbau der digitalen Infrastruktur in der Fläche verbessern wir die Standortbedingungen. Wir machen Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter bei Umwelttechnologien, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft und legen die Grundlagen für nachhaltiges Wirtschaften in allen Branchen, insbesondere beim grünen Wasserstoff.

Bei der Förderung von Startups legen wir einen Schwerpunkt auf Ausgründungen an Universitäten und wollen Frauen als Gründerinnen besonders fördern.

Schule und Bildung

Das Wohl unserer Kinder ist Leitfaden unserer Bildungspolitik. Nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie brauchen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern vor allem Ruhe und Unterstützung und unsere Schulen zusätzlich Entlastung. Wir wollen jedes Talent finden und alle Kinder nach ihren individuellen Stärken und Potenzialen fördern. Alle Kinder sind an allen Schulen willkommen und werden zu ihrem bestmöglichen Abschluss begleitet. Wir werden daher auf der Basis des Schulfriedens zu gezielten und nachhaltigen Verbesserungen in unserem vielfältigen Schulsystem kommen, um Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Ein hochwertiges und gut ausgestattetes inklusives Schulangebot in Förderschulen und allgemeinen Schulen sichert Eltern und Kindern Wahlfreiheit.

Wir werden die Schulen mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten. Zusätzliche Mittel werden wir nach dem Grundsatz Ungleiches ungleich zu behandeln, effektiv und bedarfsgerecht nach einem schulscharfen Sozialindex bereitstellen. Damit stärken wir gezielt die Schulen, die vor den größten Herausforderungen stehen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung werden wir in den kommenden Jahren 10.000 zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Um Lehrkräfte und Schulleitungen zu entlasten, werden wir ihnen verstärkt multiprofessionelle Teams und Verwaltungsfachkräfte an die Seite stellen. Mit einem verbindlichen Stufenplan werden wir die Eingangsbesoldung für alle Lehrkräfte auf A13 anheben, Bestandslehrkräften den Aufstieg ermöglichen und in einem ersten Schritt bereits im Nachtragshaushalt 2022 Mittel bereitstellen.

Um die Schulen mit den größten Herausforderungen zu den besten Lernorten zu machen, werden wir die Schulträger bei der Sanierung und Modernisierung der Schulinfrastruktur noch besser unterstützen. Darüber werden wir in einen Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden eintreten. Bei der Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler wie der Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten werden wir im Sinne einer digitalen Lernmittelfreiheit sicherstellen, dass diese technisch auf dem neuesten Stand bleiben, und eine Fortbildungsoffensive für Lehrerinnen und Lehrer starten.

Für uns sind die akademische und die berufliche Bildung gleichwertig. Insbesondere mit Blick auf den aktuellen Fachkräftebedarf werden wir die duale Ausbildung und die Berufsschulen stärken. Schülerinnen und Schüler sollen durch entsprechende Angebote die großen Chancen der beruflichen Bildung systematisch und früher als bisher kennenlernen.

Innen und Justiz

Wir stehen für eine grundrechtsorientierte Sicherheitspolitik und die konsequente Durchsetzung des Rechts. Dafür werden wir jährlich 3.000 Polizeikräfte einstellen und die Abbrecherquote bei der Polizeiausbildung senken. Wir arbeiten an der Modernisierung der Justiz, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der Digitalisierung.

Die Polizei sorgt für die Sicherheit aller Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die Bekämpfung von Kindesmissbrauch bleibt ein kriminalstrategischer Schwerpunkt. Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch werden wir stärker verzahnen und darüber hinaus zusätzliche Childhood Häuser einrichten. Den Opferschutz und die Opferrechte werden wir ausbauen.

Der Rechtsextremismus ist derzeit die größte Gefahr für unsere Demokratie. Die Sicherheitsbehörden werden weiterhin konsequent dagegen vorgehen und dabei auch neue Herausforderungen wie Hate Speech und Verschwörungsmymen in den Blick nehmen. Unsere Polizei vertritt demokratische Werte und eine menschenrechtsorientierte Haltung – darin werden wir sie weiter bestärken. Die Empfehlungen der Stabstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW“ werden wir umsetzen und weiterentwickeln.

Wir werden die Stelle einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag einrichten. Das Versammlungsgesetz werden wir im Zuge der vorgesehenen Berichtspflicht Ende 2023 unabhängig und wissenschaftlich evaluieren. Organisierte Kriminalität und Cybercrime werden wir konsequent bekämpfen. Dafür benötigen wir mehr Spezialisten in der Polizei.

Das Hochwasser im letzten Juli hatte verheerende Folgen, die Erinnerung an die Opfer werden wir wachhalten. Eine Lehre aus dem Hochwasser ist die deutliche Stärkung des Katastrophenschutzes. Die Kreise und kreisfreien Städten sollen zukünftig Katastrophenschutzbedarfspläne erstellen, um auf mögliche Katastrophen vorbereitet zu sein. Das Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz werden wir novellieren und eine stärkere Landeszuständigkeit festschreiben.

Mobilität

Der öffentliche Verkehr, der Schienenverkehr und der Radverkehr sind das Rückgrat der zukünftigen nachhaltigen und vernetzten Mobilität. Durch die Reaktivierung von Bahnstrecken, die Schaffung eines landesweiten Schnellbusnetzes möglichst noch in dieser Wahlperiode, den massiven Ausbau des Bus- und On-Demand-Verkehrs sowie die Einbindung von Sharing-Angeboten in den ÖPNV, verwirklichen wir unser Ziel einer flächendeckenden „Mobilitätsgarantie“.

Unser Ziel ist ein preiswerter ÖPNV für alle. Als ersten Schritt wollen wir vergünstigte Tarifangebote für Schülerinnen und Schüler, Azubis, Berufspendlerinnen und -pendler und Seniorinnen und Senioren im Rahmen des E-Ticket eezy testen sowie den Kommunen die Drittnutzerfinanzierung des ÖPNV ermöglichen. Für den erforderlichen Ausbau und die nachhaltige Finanzierung des ÖPNV ist eine deutliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel notwendig. Hierfür setzen wir uns beim Bund ein.

Unser Ziel ist es, den Anteil des Radverkehrs am Modal-Split auf 25 Prozent zu erhöhen. Dazu wollen wir bis 2027 1.000 km neue Radwege bauen und die personellen Ressourcen zur Planung beim Landesbetrieb erhöhen. Wir werden mindestens genauso viele Mittel für den Neu- und Ausbau von Radwegen zur Verfügung stellen wie für den Neu- und Ausbau von Landesstraßen. Die Maßnahmen des bestehenden Radverkehrsgesetzes werden wir auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Beim Straßenbau hat die Sanierung für uns Vorrang vor dem Neubau. Wir werden die Mittel für den Erhalt mindestens verstetigen. Zu Beginn der Wahlperiode werden wir den Landesstraßenbedarfsplan nach den Kriterien verkehrlicher Bedarf, Finanzierung und Klimaschutz auf Basis des Landesverkehrsmodells neu aufstellen und uns über den Fortgang laufender Projekte verständigen.

Wir werden mehr Güterverkehr von der Straße auf Schiene und Wasserstraße verlagern. Dazu werden wir mit dem Bund über eine deutliche Attraktivierung der Schienen- und Wasserwege in seinem Zuständigkeitsbereich verhandeln.

Mit uns bleibt Nordrhein-Westfalen die Heimat der Mobilität 4.0. Wir investieren in Forschung und Entwicklung für eine sichere und saubere Mobilität.

Für den schnellen Ausbau einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Infrastruktur wollen wir die schnellsten Planungs- und Genehmigungsverfahren haben (z.B. Senkung von Genehmigungshürden für die Reaktivierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken). Außerdem starten wir eine Fachkräfteoffensive für die Planungs- und Bauwirtschaft.

Umwelt und Landwirtschaft

Wir sind uns darin einig, dass unsere Natur mit all ihren Tieren und Pflanzen geschützt werden muss. Das Artensterben ist die zweite große ökologische Krise neben der Klimakrise. Deshalb werden wir Maßnahmen aus der Volksinitiative Artenvielfalt aufgreifen.

Die Klimaanpassungsstrategie Nordrhein-Westfalen werden wir weiterentwickeln. Eine „Zukunftsstrategie Wasser“ nimmt sowohl das Schutzgut Wasser als Lebensmittel und Wirtschaftsgut als auch die Renaturierung von Gewässern, auch für den Hochwasserschutz, in den Blick. Unsere von den Folgen der Klimakrise betroffenen Wälder wollen wir naturnah und klimaresilient entwickeln und erhalten. Mit einem „Baum-Scheck-Programm“ wollen wir mehr als eine Million Bäume in den Städten und Gemeinden neu pflanzen.

Das Prinzip der Flächensparsamkeit soll Leitschnur unseres Regierungshandelns sein. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zeitnah auf 5 ha pro Tag und perspektivisch auch weitergehend durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren. Dazu gehören flächenschonendes Bauen, die Nutzbarhaltung vorhandener Industrie- und Gewerbeflächen und Flächenrecycling. Der naturschutzrechtliche Flächenausgleich soll unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Qualität weiterentwickelt werden. Die Ausgleichsmethodik soll diversifiziert werden, unter anderem mit Blick auf die Hochwertigkeit von Flächen sowie Ausgleichsmaßnahmen durch Geldzahlungen für andere Natur- und Umweltschutzprojekte.

Durch ein konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoffmonitoring („Rohstoffbarometer“) soll der Verbrauch von Kiesen und Sanden transparent gemacht und auf den notwendigen Bedarf zurückgeführt werden. Bestehende Lagerstätten unter Berücksichtigung anderer Schutzgüter (z.B. Gewässerschutz) sollen maximal ausgeschöpft werden, um weniger Flächen zu verbrauchen. Das Baustoffrecycling als Teil der Kreislaufwirtschaft treiben wir forciert voran.

Die Umweltverwaltung soll nach dem Grundsatz „Rechtsdurchsetzung vor Rechtsverschärfung“ finanziell und personell gestärkt und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität eingerichtet werden.

In der Landwirtschaftspolitik gilt für uns die Leitlinie „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“. Mehrbelastungen durch Prozessänderungen oder Auflagen des Landes müssen finanziell ausgeglichen werden. Die bäuerliche Landwirtschaft wollen wir bei der Erzeugung und der regionalen Vermarktung ökologischer und gentechnikfreier Lebensmittel (z.B. durch ein Kantinenprogramm) stärken. Die Landwirtinnen und Landwirte sollen Beteiligte unserer Politik sein und ihre Interessen an einer zukunftssicheren Landwirtschaft ernsthaft berücksichtigt werden. Das gilt gleichermaßen für die ökologische wie für die konventionelle Landwirtschaft. Die von uns gemeinsam getragenen Empfehlungen der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ sollen umgesetzt werden. Dabei sind die Reduktion von chemischen Pflanzenschutzmitteln und die Steigerung des Tierwohls zentrale Aspekte.

Arbeit und Soziales

Nordrhein-Westfalen soll das soziale Gewissen der Bundesrepublik bleiben. Unser Ziel ist es, Menschen in Arbeit zu bringen. Dazu wollen wir allen jungen Menschen mit und ohne Behinderung Ausbildung ermöglichen. Wir werden allen im Rahmen eines Ausbildungspaktes ein Angebot hin zu einer dualen Ausbildung machen. Wir stärken die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung und bauen Hemmnisse für die Aufnahme einer Ausbildung ab. Wir werden zudem das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) weiterentwickeln. Wir stärken die überbetrieblichen Ausbildungsstätten von Handwerk und Industrie (ÜBS) und werden u.a. dafür sorgen, dass die Drittel-Finanzierung sichergestellt wird. Wir wollen entschieden gegen Langzeitarbeitslosigkeit kämpfen.

Wir wollen dem Fachkräftemangel in den gewerblichen Berufen begegnen. Dafür werden wir konkrete Maßnahmen entwickeln, u.a. um mehr Frauen und andere Zielgruppen für gewerbliche Berufe zu gewinnen.

Wir wollen starke Sozialpartner und eine umfassende Tarifbindung. Dazu wollen wir bei der öffentlichen Vergabe tarifgebundene Firmen bevorzugen. Wo nötig, werden wir dazu neue Regeln schaffen und Vergabestellen fortbilden und beraten.

Wir finden uns mit Obdachlosigkeit nicht ab. Wir werden die Kümmererprojekte sowie die Partnerschaft mit den Wohnungsunternehmen ausbauen und den Housing-First-Ansatz ausweiten.

Wir wollen eine übergreifende Inklusionsoffensive und werden die Kommunen bei der Umsetzung von Inklusion und Barrierefreiheit unterstützen.

Gesundheit und Pflege

Wir stellen eine gute und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Menschen sicher – egal ob in der Stadt oder im ländlichen Raum. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Menschen an allen Orten unseres Landes auf eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung verlassen können.

Hausärztinnen und Hausärzte sind eine besonders wichtige Säule der wohnortnahen Versorgung. Daher werden wir die Landarztquote ausbauen. Zudem wollen wir die Zahl von Studienplätzen für Medizin an unseren Hochschulen noch weiter erhöhen. Das Thema Frauengesundheit wollen wir in Zukunft stärker berücksichtigen.

Wir werden in den kommenden fünf Jahren erhebliche finanzielle Anstrengungen unternehmen, damit in allen Krankenhäusern die notwendigen Investitionen in Ausstattung und Personal erfolgen können. Im Rahmen der Krankenhausplanung setzen wir auf eine Verzahnung von ambulantem Angebot mit stationärer Versorgung sowie eine Spezialisierung der Krankenhäuser. Die Grund- und Notfallversorgung muss flächendeckend wohnortnah verfügbar sein. Die gynäkologische Versorgung gehört für uns genauso zu einer wohnortnahen Versorgung wie ein flächendeckendes Angebot der Kinder- und Jugendmedizin. Gerade im ländlichen Raum stärken wir Kooperationen und sichern die medizinische Versorgung im Rahmen von „Gesundheitsregionen“. Hebammen-geführte Kreißsäle werden wir weiter fördern und reproduktive Gesundheit stärken. Psychische Gesundheit ist für uns integraler Bestandteil einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung.

In der Pflege ist die begrenzende Ressource nicht das Geld, sondern das Personal. Wir wollen die Pflege deshalb neu denken und Strukturen auf den Prüfstand stellen. Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und Bezahlung für alle in der Pflege Tätigen müssen jetzt kommen, damit der Pflegenotstand nur ein Szenario bleibt. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen für einen „Tarifvertrag Entlastung“ schaffen. Unsere Bemühungen um ausländische Pflegekräfte wollen wir deutlich intensivieren. An der Einrichtung einer Pflegekammer halten wir fest. Wir garantieren die dauerhafte Befreiung von nichtakademischen Gesundheitsberufen vom Schulgeld.

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wollen wir erleichtern.

Wir behalten die Corona-Pandemie im Blick und treffen schon jetzt alle nötigen Vorbereitungen für den Herbst, insbesondere für unsere Bildungseinrichtungen. Wir wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und seine Attraktivität als Arbeitgeber deutlich steigern.

Kinder, Jugend, Familie, Frauen und Vielfalt

Wir stärken, unterstützen und anerkennen Familien in all ihrer Vielfalt. Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen.

Wir schmieden gemeinsam mit Kommunen und freien Trägern einen „Pakt gegen Kinderarmut“, der ressortübergreifend bestehende Programme berücksichtigt, um zielgenau Angebote für Kinder und Familien zu verzahnen und besser zugänglich zu machen.

Die frühkindliche Bildung wollen wir stärken, indem wir in die Qualität investieren, den Fachkräftemangel bekämpfen und eine Entlastung mit Blick auf die Beiträge umsetzen. Das Kita-Helfer-Programm werden wir verstetigen und qualitativ verbessern, um das pädagogische Personal zu entlasten.

Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder wollen wir den Dreiklang Bildung, Betreuung und Erziehung umsetzen. Im Rahmen eines Landesausführungsgesetzes stärken wir die Qualität des Ganztags. Sowohl im Bereich der frühkindlichen Bildung als auch im Bereich des schulischen Ganztags wollen wir eine Fachkräfteoffensive.

Den Schutz vor Gewalt betrachten wir als eine Querschnittsaufgabe: Die bestehenden Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen bauen wir unter Beteiligung der Frauenhilfeinfrastruktur bedarfsgerecht aus, z.B. bezüglich der Zahl der Kinderschutzplätze und der Zugänglichkeit für Frauen mit Behinderung. Dies umfasst auch den Schutz von Frauen in Aufnahmeeinrichtungen des Landes und der Kommunen. Hinsichtlich der Umsetzung der Istanbul-Konvention wollen wir Schutzlücken identifizieren und schließen. Die Unterstützung für von Gewalt betroffenen Männer werden wir weiter ausbauen. Wir stärken die Rechte und den Schutz von Kindern und schaffen eine oder einen Beauftragten für die Belange von Kinderrechten.

Wir stärken auch das queere Leben in Nordrhein-Westfalen und entwickeln den Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transphobie weiter.

Migration, Integration und Flucht

Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Einwanderungsland. Unser Bundesland macht aus, dass wir die Stärke in der Vielfalt sehen. Chancengerechtigkeit, Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt unserer Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Nordrhein-Westfalen diskriminierungsfrei leben können. Als Spiegelbild unserer Gesellschaft wollen wir den öffentlichen Dienst stärker interkulturell öffnen.

Wir wollen eine Fachkräfteoffensive einleiten. Dazu gehört eine unbürokratische und schnelle Anerkennung von ausländischen Berufs- und Bildungsabschlüssen. Zudem wollen wir verstärkt ausländische Fachkräften gewinnen. Für gut integrierte Geflüchtete wollen wir einen dauerhaften Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang ermöglichen. Den Kreis der Teilnehmereberechtigten von Integrations- und Sprachkursen wollen wir erweitern und flächendeckende berufsspezifische Sprachkurse entwickeln. Für zugewanderte Menschen, die schon lange ein Teil unserer Gesellschaft sind, wollen wir Einbürgerungsverfahren beschleunigen und erleichtern.

Wir setzen auf eine menschenwürdige und auf Integration ausgerichtete Unterbringung von Geflüchteten. Für die Aufenthaltsdauer, die Ausstattung und die Angebote in den

Landeseinrichtungen wollen, wir unter Berücksichtigung besonderer Herausforderungen, entsprechende Standards festlegen. Wir wollen eine schnelle dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen, insbesondere von Familien mit Kindern. Die unabhängige Asylverfahrensberatung und soziale Beratung von Geflüchteten wollen wir stärken und weiter ausbauen.

Für Asylsuchende stellen wir eine gute Gesundheitsversorgung sicher. Wir wollen Anreize schaffen, damit die elektronische Gesundheitskarte in allen Kommunen eingeführt wird. Unser Ziel ist es, in Nordrhein-Westfalen alle humanitären und aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen so auszuschöpfen, dass gut integrierte geduldete Geflüchtete eine Bleibeperspektive erhalten. Da, wo ein Asylantrag abgelehnt wurde und es keine weiteren aufenthaltsrechtlichen oder humanitären Bleibegründe gibt, muss die Ausreise durch eine freiwillige Rückkehr oder eine Rückführung erfolgen. Wir wollen im Einvernehmen mit dem Bund ein Landesaufnahmeprogramm umsetzen und dafür Sorge tragen, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, um Menschen in Notsituationen aufzunehmen.

Wissenschaft, Kultur und Medien, Sport und Ehrenamt

Wir modernisieren und sanieren unsere Universitäten und Hochschulen und machen sie klimaneutral. Wir stärken Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen, gerade auch mit Blick auf den wissenschaftlichen Nachwuchs. Wir unterstützen vor allem Studierende in prekären Lebenslagen beim Studienstart finanziell.

Wir mobilisieren die Innovationskraft der Universitäten in der Forschung, indem wir gezielt Cluster für Zukunftsthemen wie Mobilität, Klimaschutz und Biodiversität stärken. Gleichzeitig sorgen wir für ausreichend Studienplätze, um genügend Fachkräfte, gerade auch für die großen Transformationsaufgaben, zu gewinnen. So stärken und nutzen wir die Innovationskraft unserer Universitäten und Hochschulen und machen sie zum Transformationsmotor. Wir stärken die Studierendenwerke und fördern so auch mehr bezahlbare Wohnungen für Studierende.

Um kulturelle Teilhabe für alle zu sichern, von Stadt bis Land, von Hochkultur bis Popkultur, werden wir den Kulturetats deutlich erhöhen. Das Konzept der Dritten Orte wollen wir ausweiten, um Kultur in der Fläche erlebbar zu machen. In der Corona-Krise haben wir erlebt, wie wichtig die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstler ist, diese wollen wir weiter ausbauen. Wir bekennen uns zu einer aktiven Erinnerungskultur und unterstützen diese.

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine vielfältige Medienlandschaft mit einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und reichweitenstarken Privatfunk und einer unabhängigen Presse. Dazu tragen Lokalmedien im ganzen Land bei, ihren Erhalt wollen wir unterstützen. Der gesellschaftliche Schaden von Desinformation und Verschwörungsmäythen ist immens. Daher wollen wir die Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Menschen in Nordrhein-Westfalen steigern.

Ehrenamt, Sport und zivilgesellschaftliches Engagement sind der Kitt unserer Gesellschaft. Deshalb werden wir die Ehrenamtsstrategie weiterentwickeln. Ein bewegtes Nordrhein-Westfalen braucht gut erhaltene Sportstätten und eine verlässliche Förderung. Nordrhein-Westfalen soll ein starker Standort in den Bereichen Games und E-Sports bleiben.

Europäischer und internationaler Austausch bereichern Kultur, Wissenschaft, Sport und Medien. Nordrhein-Westfalen soll weiter ein Ort der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleiben.

Kommunen

In unseren Kommunen entscheidet sich, ob wir die großen Herausforderungen unserer Zeit lösen und gleichzeitig gute Lebensbedingungen für alle schaffen und sichern können. Dabei werden wir weiterhin respektvoll und auf Augenhöhe mit der gesamten kommunalen Familie zusammenarbeiten.

Um alle Kommunen handlungsfähig zu machen, wollen wir noch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Bund eine Lösung für den Abbau der kommunalen Altschulden vereinbaren. Sollte der Bund seiner Verantwortung in diesem Bereich nicht nachkommen, bekennen wir uns dazu, im kommenden Jahr selbst eine Lösung herbeizuführen. Gleichzeitig werden wir die Kommunen in die Lage versetzen, in eine nachhaltige Zukunft zu investieren. Für eine strukturell starke finanzielle Ausstattung der Kommunen wollen wir das Gemeindefinanzierungsgesetz und die Förderprogramme des Landes auf ihre Wirkung hin evaluieren und darauf aufbauend neu organisieren und vereinfachen. Die Förderprogramme werden wir digitalisieren.

Die Umsetzung des Konnexitätsprinzips werden wir ausgehend von den Ergebnissen der Transparenzkommission evaluieren und sicherstellen, dass die Kommunen für die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben angemessen ausgestattet sind. Die kommunalen Haushalte haben unter der Corona-Pandemie stark gelitten. Zur Entlastung der Kommunen wird die Konnexitätsfolgenabschätzung aus dem Pandemiegesetz zügig umgesetzt. Die Rückzahlung der Corona-Kreditierung im Gemeindefinanzierungsgesetz wird über den Zeitraum der Tilgung des Corona-Rettungsschirms des Landes Nordrhein-Westfalen gestreckt.

In Anbetracht der großen Aufgaben, vor denen die Kommunen stehen, prüfen wir gemeinsam mit den Kommunen, wie wir sie strukturell – gegebenenfalls auch von Aufgaben – entlasten und ihre Handlungsfähigkeit stärken können. Den gesetzlichen Rahmen des Verhältnisses von Kommunen und Land werden wir vereinfachen

Bauen und Wohnen

Die Zukunft des Wohnens in Nordrhein-Westfalen ist bezahlbar, ökologisch und sozial. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir sowohl auf die öffentliche Wohnraumförderung als auch auf die Förderung des Eigentumserwerbs. Wir richten diese Förderung auf mehr mietpreisgebundenen Wohnraum und innovatives Eigentum wie beispielsweise „Jung kauft Alt“ aus. Darüber hinaus wollen wir die Gründung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und (Bau-)Genossenschaften unterstützen.

Wir stehen für einen effektiveren Mieterschutz und werden die Mieterschutzverordnung erneuern. Wir werden uns für mehr preisgedämpften Wohnraum in Ballungstädt einsetzen. Das Wohnraumstärkungsgesetz wird auf seine Wirksamkeit überprüft und da, wo notwendig, geändert.

Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung wollen wir zusammen denken, die Quartiersentwicklung stärken. Im Wohnungsbau wollen wir die Genehmigungsverfahren beschleunigen und die Prozesse besser steuern. Um auf neue Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich des Wohnungsbaus möglichst unmittelbar reagieren zu können, werden wir die Landesbauordnung regelmäßig überarbeiten, auch um die Umbaukultur zu stärken. Die Kreislaufwirtschaft wollen wir stärken, Forschung und Innovation in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Hochschule unterstützen, um mehr nachhaltiges und ressourcenschonendes Bauen zu ermöglichen.

Boden ist ein rares Gut in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, eine vorsorgende Bodenpolitik zu betreiben. Wir werden die landesrechtlichen Regelungen über die Veräußerung von landeseigenen Grundstücken mit u.a. diesem Ziel grundlegend überarbeiten. Wir beenden den Zwang zur Veräußerung nach dem Höchstbieterprinzip und ermöglichen die Veräußerung nach sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien (Konzeptvergabe).

Im Umgang mit Bauflächen setzen wir auf den Grundsatz „Innen vor Außen“ und eine konsequente Brachflächenaktivierung. Die Veräußerung von Landesliegenschaften und die vergünstigte Abgabe für bestimmte Zwecke werden wir erleichtern.

Die Investitions-Förderprogramme werden wir vereinfachen und neu ordnen, insbesondere um mehr Klimaschutz und Klimaanpassung zu ermöglichen. Wir werden auch auf den Bund einwirken, seinerseits die Regeln zu entbürokratisieren. Die Innenstadtentwicklung soll grundsätzlich strategischer und auf längere Zeithorizonte ausgerichtet werden.

Finanzen

Generationengerechte Politik zeigt sich auch in einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik, die die Schuldenbremse einhält und gleichzeitig konsequent und nachhaltig u.a. in Bildung, Infrastruktur, sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung investiert. Wir wollen unseren Kindern weder marode Haushalte noch marode Infrastruktur hinterlassen. Wir werden deshalb die notwendigen Zukunftsinvestitionen tätigen und dazu unter Einhaltung der verfassungsrechtlichen Vorgaben Instrumente entwickeln. Die NRW.Bank werden wir konsequent stärken und in allen Geschäftsbereichen auf Nachhaltigkeit ausrichten.

Spielräume im Haushalt priorisieren wir konsequent zur Erfüllung der Zukunftsaufgaben. Uns verbindet die Bereitschaft für Bürokratieabbau, Aufgabenkritik und Strukturreformen, um diese Spielräume zu schaffen.

Wir werden im Rahmen des bestehenden Corona-Rettungsschirmgesetzes weitere Mittel zur Abfederung verbleibender pandemiebedingter Folgen gemeinsam zum Rettungsschirm anmelden.

Geldwäsche und Steuerkriminalität werden wir konsequent und zielgerichtet bekämpfen.

Um die Herausforderungen dieses Jahrzehntes und darüber hinaus zu bewältigen, benötigt die Landesverwaltung die besten Köpfe. Wir werden die Position des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb darum stärken, indem wir u.a. die Gleichwertigkeit von Meister und Bachelor auch in der Laufbahnverordnung nachvollziehen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes vorantreiben.

Demokratie

Die niedrige Wahlbeteiligung zur Landtagswahl 2022 müssen alle Demokratinnen und Demokraten mit großer Sorge betrachten. Gemeinsam mit den anderen im Landtag vertretenen demokratischen Parteien wollen wir die Demokratie in Nordrhein-Westfalen stärken und Beteiligungsmöglichkeiten vor allem für diejenigen ausbauen, die bislang zu wenig repräsentiert sind. Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren auf Landesebene wollen wir einführen und die Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen durch einen Aktionsplan stärken. Wir wollen den Anteil von Frauen in den Parlamenten durch eine verfassungsgemäße Änderung des Wahlrechts erhöhen. Wir werden die politische Bildung, gerade im schulischen Bereich, weiter stärken und uns dabei an den Empfehlungen der Enquetekommission zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie orientieren.

Transparente Politik ist ein zentraler Aspekt einer demokratischen Gesellschaft. Dafür möchten wir mit einem Lobbyregister beim Landtag und mit einem handhabbaren und unbürokratischen legislativen Fußabdruck zur Transparenz im Gesetzgebungsprozess sorgen. Den Abbau von Diskriminierung betrachten wir als eine zentrale Aufgabe der Politik. Wir werden bestehende Schutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) durch ein Landesgesetz schließen und so die Rechte der Betroffenen stärken. Ferner wird eine Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene eingesetzt. Die Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Einstellungen werden wir ausbauen. Um unterschiedliche Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einbinden zu können, setzen wir zu einem ausgewählten Thema einen Bürgerrat auf Landesebene als beratendes Gremium ein, der die Gesellschaft repräsentativ abbildet.